

Helga Dickow

Tschad: Die schleichende Islamisierung?

Es war ein verblüffendes Spektakel, das sich Anfang Mai im tschadischen Präsidentenpalast bot: Staatsoberhaupt Idriss Déby Itno hatte soeben die Vierte Republik ausgerufen und damit seine ohnehin schon fast uneingeschränkte Macht weiter ausgebaut. Nun sollten zum ersten Mal im laizistisch verfassten Tschad die designierten Ministerinnen und Minister seines neuen Kabinetts einen Amtseid auf „Allah, den Allmächtigen“ ablegen. Was auf den ersten Blick nach einer Bagatelle aussieht, kam im multireligiösen und multiethnischen Tschad einem Affront gleich: Denn nicht nur muslimische, sondern auch christliche Minister sollten sich dem Verfahren gleichermaßen unterwerfen.

Immerhin wurde der Christin Madeleine Alingué, die Déby treu ergebene, alte und neue Postministerin sowie Sprecherin der Regierung, erlaubt, das Gelübde mit den Worten „Gott, den Allmächtigen“ abzulegen, als diese sich weigerte, den Eid im Namen Allahs nachzusprechen. Einige Christen folgten daraufhin ihrem Beispiel und bezogen sich fortan auf „Gott“.¹ Die designierte Ministerin für Luftfahrt, Djibergui Rosine Amame, eine bekennende Protestantin, hatte hingegen weniger Glück: Weil sie den Amtseid nicht mit ihrem Glauben vereinbaren konnte, bot sie an, stattdessen eine Loyalitätserklärung zu unterzeichnen. Der Richter des Obersten Gerichtshofs, der den Eid abnahm, lehnte dies ab. Prompt wurde an ihrer statt ein wohl eher zufällig anwesender General

muslimischen Glaubens als Luftfahrtminister vereidigt.

Später wurde bekannt, dass die Eidesformel allein von religiösen Autoritäten des Obersten Rats für Islamische Angelegenheiten ausgearbeitet worden war, nicht aber von Vertretern der Katholischen Bischofskonferenz oder der Gemeinschaft der Protestantischen Kirchen, die der Präsident ebenfalls dazu aufgefordert hatte. Diese hatten sich schlichtweg geweigert oder waren Débys Aufforderung deshalb nicht nachgekommen, weil sie meinten, die Bibel würde einen Amtseid verbieten.

Die Szene im Präsidentenpalast spiegelt wider, wie rasant sich der Tschad – eines der ärmsten Länder Afrikas – derzeit verändert. Mehr als die Hälfte der insgesamt knapp 14 Millionen Einwohner des zentralafrikanischen Binnenstaats sind Muslime, etwa 40 Prozent Christen und der Rest Anhänger traditioneller Religionen. Wenngleich die Wunden der Bürgerkriege um die politische Macht in den 1970er und 1980er Jahren zwischen verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen erst langsam verheilen, leben Muslime und Christen seither weitgehend friedlich miteinander. Doch dieses fragile Gleichgewicht im Inneren droht angesichts der jüngsten politischen Entwicklungen zerstört zu werden. Zugleich gewinnt der politische Islam im Tschad zunehmend an Einfluss. Das aber könnte auch die Lage in der vom religiösen Terrorismus heimgesuchten Sahelregion weiter zuspitzen.

Präsident Déby regiert seit 1990 mit harter Hand. Erst im Jahr 2016 wurde er erneut im Amt bestätigt – allerdings mit dem schlechtesten Resultat seiner

1 In einer Verfügung des Präsidenten wurde nachträglich festgehalten, dass der Amtseid sowohl auf Allah als auch auf Gott abgelegt werden darf.

mittlerweile 28jährigen Regierungszeit und trotz des Vorwurfs der Wahlfälschung. Vorausgegangen waren monatelange Streiks gegen sein fünftes Mandat, vor allem von Gewerkschaften und Studenten. Um Débys Herrschaft eine demokratischere Fassade zu verleihen, entwarf eine von der Opposition boykottierte Nationalkonferenz auf sein Geheiß hin im März innerhalb von nur drei Wochen eine neue Verfassung. Wichtigste Änderung ist die Verlängerung der präsidentiellen Amtszeiten von fünf auf sechs Jahre, bei gleichzeitiger Beschränkung auf zwei Mandate. Weil diese Änderung aber erst bei der nächsten Wahl in Kraft tritt, könnte Déby für die kommenden zwei Amtsperioden erneut antreten und im wahrscheinlichen Fall seiner Wiederwahl bis 2033 regieren – insgesamt käme er dann auf 43 Jahre an der Spitze des Staates.

Die neue Verfassung enthält überdies noch weitere, entscheidende Änderungen: So wird das Amt des Premierministers abgeschafft und auch ein Vizepräsident ist nicht mehr vorgesehen. Zudem kann der Präsident das Kabinett fortan selbst ernennen und eigenmächtig das Parlament auflösen. Auch die Justiz wird mit der Verfassungsreform ihrer Unabhängigkeit beraubt, denn die Richter, einschließlich der des Verfassungsgerichts, ernennt der Präsident fortan selbst. Selbst wenn die Gewaltenteilung schon zuvor de facto nicht funktionierte, existierte sie in der Dritten Republik doch immerhin noch auf dem Papier. Von nun an aber befindet sich alle Gewalt auch gemäß der Verfassung beim Präsidenten. Mit der Abschaffung des Premierministeramts fällt überdies ein ungeschriebenes Gesetz, das im multireligiösen Tschad für Ausgleich zwischen den Religionen gesorgt hatte: Ist der Präsident Muslim, wird zum Ausgleich ein Christ zum Premierminister ernannt.

Am 30. April stimmte das Parlament bei nur zwei Gegenstimmen für die neue Verfassung. Die Abgeordneten

der Opposition waren der Abstimmung ferngeblieben, sie sprachen von einem „Verfassungsstaatsstreich“. Vergeblich hatten sie gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Initiativen und der Katholischen Bischofskonferenz ein Verfassungsreferendum gefordert. Doch staatliche Repressionen und Willkür gegen Demonstranten zerschlugen jeden weiteren Widerstand. Der Premierminister und sein Kabinett traten daraufhin am 3. Mai zurück, einen Tag später rief Präsident Déby die Vierte Republik aus und schon am 10. Mai wurde das neue Kabinett vereidigt.

Ein Autokrat als Partner des Westens

Trotz des klar autoritären Zuschnitts nahmen die westlichen Partner und internationalen Geber die neue Verfassung kommentarlos zur Kenntnis. Schließlich sehen sie im tschadischen Herrscher Déby einen unerlässlichen Garanten für Stabilität im Sahel: Seite an Seite kämpften tschadische Verbände und französische Militärs in Mali² gegen die salafistische Al Qaida im Islamischen Maghreb. Déby schickte auch als Erster Truppen gegen die islamistische Terrorgruppe Boko Haram über die Grenze nach Nigeria, noch bevor überhaupt internationale Abkommen getroffen worden waren. Und jüngst war er auf Einladung des französischen Staatschefs Emmanuel Macron in Paris auf einer Konferenz zur Krise in Libyen. Kurzum: Allen gravierenden demokratischen Defiziten zum Trotz wird Déby insbesondere von der EU und Frankreich als Verbündeter im Kampf gegen den islamistischen Terrorismus hofiert. Gerne werden ihm seine gelegentlichen Ausflüge in die Golfstaaten nachgesehen, die der Sanierung des wegen ausufernder Korruption in seinem Umfeld maroden Staatshaushalts dienen. Schließlich

2 Vgl. Charlotte Wiedemann, Mali am Abgrund: Fünf Jahre Militärintervention, in: „Blätter“, 5/2018, S. 64-70.

kann man sich auf seine militärische Stärke verlassen und seit Neuestem auch im Kampf gegen Migration aus Afrika auf ihn zählen.

Auch im Inneren pflegt Déby das Image eines Staatsoberhauptes, das religiösen Extremismus als Störfaktor der friedlichen Kohabitation von Muslimen und Christen ansieht und konsequent bekämpft. Regelmäßig empfängt er die Repräsentanten der drei großen Religionen, des Obersten Rats für Islamische Angelegenheiten, der Katholischen Bischofskonferenz sowie der Gemeinschaft der Protestantischen Kirchen.³ Und er tritt besonders gerne beim jährlich von den religiösen Gemeinschaften initiierten Nationalen Gebets- und Versöhnungstag auf. Auch Geistliche versuchen, das Bild eines friedlichen Miteinanders der Religionen zu vermitteln. So feiern muslimische und christliche Führer religiöse Feiertage wie das Ende des Ramadan oder Weihnachten gemeinsam.

Das Erstarken des Salafismus

Nicht aufgenommen in diesen Reigen sind indes die Muslime, die nicht dem im Tschad vorherrschenden Sufi-Islam, sondern salafistischen Strömungen zuzurechnen sind und daher auch den Obersten Rat für Islamische Angelegenheiten nicht als Vertretung der tschadischen Muslime anerkennen. Arbeitsmigranten, Studenten sowie insbesondere Händler haben in den vergangenen Jahren aus den Golfstaaten einen nach dem Vorbild Saudi-Arabiens geprägten Islam mitgebracht, den sie zunächst in ihren Familien und dann in ihren ethnischen Gruppen weitergaben. Auch Satellitenfernsehen und soziale Netzwerke erleichtern die Verbreitung eines Islams salafistischer Prägung. Zwar hat dieser im Tschad noch keinen so großen Zulauf

wie in den Nachbarländern. Doch insgesamt wird das Erstarken des Salafismus hier immer stärker spürbar. Inzwischen bekennen sich 17 Prozent der tschadischen Muslime zu ihm.⁴ Interessanterweise zeigen sich sowohl arme, weniger gebildete als auch reiche und besser gebildete Muslime besonders anfällig für salafistisches Gedankengut. Wohlhabende Händler bilden die finanzielle Basis und wahren die Kontakte zur arabischen Welt; viele Universitätsabgänger arbeiten im öffentlichen Dienst und verfügen über umfangreiche Netzwerke auch in die Nachbarländer. Immerhin ein Viertel aller Muslime im Tschad plädiert für die Etablierung einer religiösen Partei sowie für die Etablierung der Scharia. Bislang verhindert die in der Verfassung festgeschriebene Laizität die Gründung politischer Parteien im Namen des Islam. Dennoch wird angenommen, dass hinter einigen bislang unbedeutenden Parteien Strömungen stehen, die nur auf eine passende Gelegenheit zur Durchsetzung radikal-religiöser Ziele warten.

Wenngleich Salafisten im Tschad betont friedlich auftreten und in Gesprächen versichern, Gewalt abzulehnen, geht Déby konsequent gegen den Salafismus vor. So kam es nach Anschlägen in der Hauptstadt N'Djamena im Jahr 2015, die der nigerianischen Boko Haram zugeschrieben werden, zu einem Schauprozess gegen die – vermeintlich – islamistisch motivierten Attentäter. Im selben Jahr wurden alle Äußerlichkeiten, die auf eine Zugehörigkeit zu radikaleren Ausformungen des Islam schließen lassen – wie beispielsweise die Vollverschleierung von Frauen – verboten. Inzwischen gehören Hidschabs jedoch wieder zum Straßenbild, eine konsequente Verfolgung findet nicht mehr statt. Auch salafistische

3 Im Tschad wird zwischen dem Islam, dem Katholizismus sowie dem Protestantismus als eigenständige Religionen unterschieden.

4 In einem von der Verfasserin mit Unterstützung der Gerda-Henkel-Stiftung durchgeführten Projekt konnten 2015/16 knapp 2000 Personen im Tschad zu Religion, religiösem Extremismus und Politik befragt werden.

Vereine wurden verboten. Sie betätigen sich aber, auch ohne offizielle Anerkennung, weiterhin in sozialen Projekten und der Bildungsarbeit und gewinnen auf diese Weise Zulauf unter den sozial Schwachen.

Débys Partner im Kampf gegen den salafistisch orientierten Islam ist der Oberste Rat für Islamische Angelegenheiten. Dieser bekennt sich ausdrücklich zur Bruderschaft der Tijaniyya und treibt damit einen weiteren Keil in die islamische Gemeinschaft, anstatt Dialogbereitschaft zu signalisieren. Denn nicht alle Sufis sind Angehörige der Tijaniyya – und Salafisten schon gar nicht. Letztere lehnen jegliche Veränderung am vom Propheten überlieferten Islam ab.

Türöffner für die Politisierung des Islam

Christen im Tschad wiederum fühlen sich von der muslimisch geprägten Machtelite ohnehin benachteiligt – sei es bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen, Beamtenposten oder Stipendien für ihre Kinder. Sie reagieren nun besonders sensibel auf das Erstarken eines radikaleren Islams, der weniger auf Kohabitation ausgerichtet ist als der über Generationen afrikanisierte Sufi-Islam. Religiöse Mischehen waren im Tschad lange Zeit keine Besonderheit, heute akzeptieren sie nur noch 42 Prozent der Muslime.⁵ Und während islamische Gebetszeiten strikt eingehalten werden, wird christlichen Feiern weniger Raum gegeben – obwohl die Feiertage beider Religionen gesetzlich verankert sind.

Bislang galt für Christen die Laizität des Tschad als fester Referenzrahmen und als Schutz ihrer religiösen Identität. Sie deuten Laizität als Freiheit des Einzelnen, sich seine Religion auszuwählen und sie auch nach dem eigenen Ge-

schmack ausüben zu können. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass Salafisten sich nun genau derselben Argumente bedienen, um offizielle Anerkennung einzufordern.

Die seit über einem Jahrhundert in Frankreich herrschende Doktrin einer strikten Trennung von Religion und Staat haben mit Ausnahme von Mauretanien fast alle ehemaligen französischen Kolonien nach der Unabhängigkeit beibehalten. Die politischen Eliten schrieben sie seinerzeit nicht nur aus pragmatischen Gründen fest – religiöse Neutralität des Staates erleichtert die Koexistenz unterschiedlicher Religionsgruppen –, sondern auch aufgrund persönlicher Überzeugungen. Sie galt als positives Erbe der Kolonialzeit, das allerdings von eher radikal-islamischen Reformbewegungen kritisiert wurde.

In Frankreich wurde die Laizität einst zum Schutz der Republik gegen den Einfluss der katholischen Kirche konzipiert. Im frankophonen West- und Zentralafrika hingegen sollte sie einer Politisierung des Islam vorbeugen. Diesen Präventionsgedanken scheint Präsident Déby mit der neuen Verfassung leichtfertig aufgegeben zu haben. Zwar wird die Laizität des Tschad nach wie vor in Artikel 1 und Artikel 5 der neuen Verfassung betont. Doch die Einführung des religiösen Amtseids steht diesem Prinzip klar entgegen. Damit hat die Religion nun explizit einen Platz in der Politik erhalten. Radikal-islamistische Strömungen könnten dies nun als Stärkung ihrer Position deuten.

In einer national wie international ohnehin religiös aufgeheizten Gemengelage wächst damit die Gefahr, dass sich alte und neue Konflikte zwischen Angehörigen verschiedener Religionen weiter verschärfen. Diese Gefahr aber haben die Autoren der Verfassung der Vierten Republik anscheinend übersehen. Und auch die internationalen Verbündeten Débys unterschätzen diese Bedrohung.

⁵ Bei Christen liegt die Zustimmung bei 84 Prozent und damit doppelt so hoch wie bei Muslimen.